Internetangebote der Bürgerberatung Anfrage der FDP zur Sitzung des HWBA am 6.7.2017

Es ist das Ziel des Bürgeramtes Online-Angebote im Bereich der Bürgerberatung weiter auszubauen. Mit Einführung der elektronischen Bezahlungsmöglichkeit (ePayment) wird zudem eine stärkere Nutzung bereits vorhandener Angebote erwartet. Diese Entwicklung soll zu einer Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den verschiedenen Standorten der Bürgerberatung führen, sodass dort mehr Kapazitäten für die Publikumsbedienungen zur Verfügung stehen und sich in der Folge die Wartezeitensituation bessert.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass viele Angebote von der Bürgerberatung für andere fachlich zuständige Dienststellen erbracht werden. Die Einführung neuer Online-Angebote ist daher in diesen Fällen in enger Abstimmung mit anderen Dienststellen zu prüfen. Darüber hinaus stellt die Einführung eines neuen Einwohner-Fachverfahrens in der Bürgerberatung im Oktober dieses Jahres einen wichtigen Zwischenschritt zum Ausbau weiterer Online-Angebote dar.

Zur Frage:

Welche neuen Internetangebote wird die Bürgerberatung ab welchem Zeitpunkt ermöglichen?

Bereits bestehende Online-Angebote, die nur mit der freigeschalteten Online-Ausweisfunktion genutzt werden können:

- Gewerbezentralregisterauszug (über das Bundesamt für Justiz, Verlinkung über die Homepage der Stadt Bielefeld)
- Führungszeugnis (über das Bundesamt für Justiz, Verlinkung über die Homepage der Stadt Bielefeld)

Bereits bestehende Online-Angebote, die ohne die Online-Ausweisfunktion nutzbar sind:

- Ausstellung einer Meldebescheinigung
- Einfache private Melderegisterauskünfte
→ ab Dezember 2017 mit ePayment-Funktion

Ab Anfang des Jahres 2018 werden weitere Prozesse auf Umsetzbarkeit geprüft, z.B.:

- Übermittlungssperren
- Statusabfrage zur Fertigstellung von Personalausweisen und Reisepässen
- Sperrgutabfuhr (bestehendes Angebot mit zusätzlicher ePayment-Funktion)
- Ausstellung von Bewohnerparkausweisen (neues Angebot)

Zur Zusatzfrage:

Welche Vorgänge in der Bürgerberatung könnten rein rechtlich über das Internet abgebildet werden ohne dass die Verwaltung derzeit an einer Umsetzung arbeitet?

Keine, alle rechtlich möglichen Vorgänge stehen auf der Agenda.

Weitere Vorgänge sind denkbar, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben sind, zum Beispiel bei der Erfüllung der allgemeinen Meldepflicht, die derzeit noch ein persönliches Erscheinen erforderlich macht.